



Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Regionalgruppe Münster

Kajo Schukalla

(Arbeitskontakte am Ende des Schreibens)

Münster, Sonntag, 23.4.2017

Liebe Freundinnen und Freunde in der Menschenrechtsarbeit,
sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten Wochen und Monaten schrecken uns immer wieder Terroranschläge auf. Besonders betroffen haben viele von uns die Nachrichten aus Ägypten. Die **erneuten Terroranschläge am Palmsonntag gegen koptische Christen** im ägyptischen Tanta und Alexandria lösten auch bei uns in der GfbV-Regionalgruppe Entsetzen aus. Erst zu Ende eines Menschenrechtstreffen, bei dem es auch um Fragen verbesserten Minderheitenschutzes ging, traf die Nachricht ein. In einem Telefonat mit dem Generalbischof der Koptischen Kirche Deutschland, Anba Damian, der bereits wiederholt in Münster zu Gast war, habe ich ihm und seiner Kirche unsere Anteilnahme ausgesprochen. Als Menschenrechtsorganisation forderten wir gleichzeitig erneut von der ägyptischen Regierung gleiche Rechte für die Christen in Ägypten. Das Gesetz von 2016 über den Neubau christlicher Kirchen unter bestimmten Bedingungen ist völlig unzureichend. Vom verhängten Ausnahmezustand, so fürchten wir, geht eher eine Zunahme der Gewalt aus, die sich erneut besonders gegen die Christen richten dürfte.

Hinweisen möchten wir **in diesem Rundbrief** auf einige aktuelle Veranstaltungen und Planungen, berichten zudem über einige Ereignisse und menschenrechtspolitische Stellungnahmen.

Einladen möchte ich zu einer **Lesung in Gedenken an den Völkermord an den Armeniern am kommenden Montag (24. 4 2017) ab 20 Uhr** im Kirchenfoyer (Salzstr.1 / Lambertikirchplatz). Mehr dazu bei den Termine und in einer Anlage.

Die deutsche innenpolitische Diskussion zum Völkermord an den Armeniern ist spätestens seit 2015 mit der Aufarbeitung des Genozid an den Herero und Nama verbunden. In einer Kooperationsveranstaltung unter dem Titel **»Völkermord – und was dann? Die Politik deutsch-namibischer Vergangenheitsbearbeitung«** werden wir uns am **Sonntag, den 14..5. 2017, 11 Uhr** in der Volkshochschule mit dem wieder hochaktuell gewordenen Thema befassen. Auch dazu unten mehr.

Aber es gibt auch gute Nachrichten. In Münster gehört dazu ein Jubiläum: Das **Eine-Welt-Forum (EWF) Münster**, bei dem wir von Anfang an mitwirkten, konnte an diesem Samstag (22.4.2017) sein **25-jähriges Jubiläum** feiern. Und wie es sich für ein entwicklungspolitisches Netzwerk gehört, wurde es gleich eine Tagesveranstaltung in der Akademie Franz-Hitze-Haus. Dazu unten einige Eindrücke.

Das **10-jähre Jubiläum** feierte ebenfalls gestern **Kulturgrün e.V.**, ein Verein, der mit Wilm

Weppelmann, Gründer, Konzeptkünstler und Herz des „Betriebs“, auch die jährliche **Freie Gartenakademie** organisiert. Die 12. Freie Gartenakademie (13.6.-3.9.2017) mit dem Titel „Quer ins Beet – eine anregende Kulturlese“ startet mit einem Vortrag des französischen Ethnologen Marc Augé (Paris), Details finden sich bei den Terminen. Wir gratulieren und: Wilm, weiter so!

Mit herzlichem Gruß

Kajo Schukalla

1. Termine

Foto: Informations- und Dokumentationszentrum Armenien (IDZA)



■ Zwischenstation von Deportiertenkonvois.

Aghet – Gedenken an den Völkermord an den Armeniern

Lesung ausgewählter Dokumente und Zeugnisse

Montag, 24. April 2017, 20 Uhr

Kirchenfoyer (Salzstr. 1 / Lambertikirchplatz)

Am 24. April 1915 wurde auf Befehl der das Osmanische Reich lenkenden jungtürkischen Bewegung die armenische politische und kulturelle Elite Istanbuls verhaftet und ins

Landesinnere verschleppt, wo deren größter Teil ermordet wurde. Dieses Geschehen markiert den Beginn des Völkermords an den Armeniern im Schatten der Ereignisse des Ersten Weltkrieges.

Der 24. April ist der wichtigste armenische Genozidgedenktag, die Armenier bezeichnen den Völkermord auch als *Aghet* („Katastrophe“). Ca. 1,5 Millionen Armenier starben dabei. Aber auch Aramäer/Assyrer, Griechen und andere Minderheiten wurden Opfer des Genozids.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) in Münster erinnert mit einer Lesung an die Opfer des Völkermords.

Zur Erinnerung an die jüngste Kontroverse:

Die Diskussion um den Armenier-Völkermord hat auch nach dem 2. Juni 2016 nicht nachgelassen. Der Deutsche Bundestag hatte an dem Tag mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung auf Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Grünen die Resolution „Erinnerung und Gedenken an den Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten in den Jahren 1915 und 1916“ beschlossen. Bundeskanzlerin Merkel, Vizekanzler Gabriel und Außenminister Steinmeier hatten nicht an der Debatte und Abstimmung teilgenommen.

Die Türkei hatte die geplante Bundestagsentschließung scharf kritisiert. Nach der Annahme der Resolution rief die Türkei ihren Botschafter zurück. Präsident Erdoğan drohte, die Resolution werde „ernste“ Folgen für die Beziehungen zwischen beiden Ländern haben. Yıldırım sprach von einer „rassistischen armenischen Lobby“, die für die Entscheidung des Bundestages verantwortlich sei.

Die türkischstämmigen Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die für die Resolution stimmten, sahen sich schwersten Vorwürfen ausgesetzt. Auch kam es zu Mordaufrufen gegen elf türkischstämmige Bundestagsabgeordnete und Erdoğan forderte die Untersuchung deren Blutes. Bundestagspräsident Norbert Lammert sagte bei der Eröffnung einer Sitzung des Plenums: „Dass ein demokratisch gewählter Staatspräsident im 21. Jahrhundert seine Kritik an demokratisch gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit Zweifeln an deren türkischer Abstammung verbindet, ihr Blut als verdorben bezeichnet, hätte ich nicht für möglich gehalten. Und die Verdächtigung von Mitgliedern dieses Parlamentes als Sprachrohr von Terroristen weise ich in aller Form zurück.“

Am 2. September 2016 wurde berichtet, die Bundesregierung wolle sich von der Resolution des Bundestags distanzieren. Geplant sei eine politische Geste an die türkische Regierung, damit deutsche Abgeordnete die auf dem Luftwaffenstützpunkt Incirlik stationierten Bundeswehrsoldaten wieder besuchen dürfen. Daraufhin betonte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), dass die Resolution keine rechtliche Wirkung habe. Er sagte: „Der deutsche Bundestag hat natürlich jedes Recht und die Freiheit, sich zu politischen Fragen zu äußern. Der Bundestag sagt aber auch selbst, dass nicht jeder Resolution eine rechtliche Bindewirkung zugrunde liegt.“ Aus Opposition und Union rief der berichtete Plan Kritik bzw. Widerstand hervor.

Zur Stellungnahme der Bundesregierung sagte der Sprecher der türkischen Botschaft in Berlin, Refik Soğukoğlu: „Wir sehen das generell eher positiv.“ Man schätze vor allem die Aussage Regierungssprechers Seibert, „dass den Gerichten die Entscheidung obliegt, was Völkermord ist – und nicht dem Parlament.“

Auch im Vorfeld und Rahmen der Diskussionen zum aktuellen Referendum zur Verfassungsänderung mit Stärkung des Präsidentenamtes und praktischer Abschaffung einer demokratischen Gewaltenteilung diesen April 2017 wurden Armenierthema und Leugnung des Völkermords wiederholt bemüht.

Migration und Bildung – eine Ringvorlesung

Dienstag, 25. April bis zum Juli 2017, jeweils 18 – 20 Uhr

Hörsaal im Schloss S10, Münster, Deutschland

Vom 25.4.-18.7.2017 findet immer am Dienstag, 18-20 Uhr, im Schloss die Ringvorlesung

„Migration und Bildung“ statt. Zu Gast sind zu allen Terminen renommierte Fachleute zum Thema. U.a. Prof. Dr. Khorchide (WWU Münster), Prof. Dr. El-Mafalaani (FH Münster), Dr. Carnicer (WWU Münster) und Andreas Foitzik (Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik BW). Den Auftakt macht am 25.4. Prof. Dr. Brigitte Hasenjürgen mit dem Thema „Postmigrantisches Perspektiven. Theorie und soziale Praxis in der Migrationsgesellschaft“.

Wrong Elements – der Dokumentarfilm über ehemalige Kindersoldaten der LRA in Uganda – Premiere mit dem Regisseur in Münster

Mittwoch, 26. April 2017

Allgemeiner Kinostart am 27. April, voraussichtlich bis Ende Mai

Cinema, Warendorfer Str. 45-47, 48145 Münster

Das Cinema zeigt den Film *Wrong Elements*, Dokumentarfilm über ehemalige Kindersoldaten der LRA in Uganda, mit Kinostart am 27. April. Die Premiere des Films in Anwesenheit von Regisseur Jonathan Littell findet am 26. April im Cinema in Münster statt. Regisseur Jonathan Littell ist der weltbekannte und sehr erfolgreiche Autor des Romans „Die Wohlgesinnten“, der mit dem französischen „Prix Goncourt“ ausgezeichnet wurde. *Wrong Elements* erzählt die Geschichten von Geoffrey, Nighty, Mike und Lapisa. Die vier Freunde wurden im Alter zwischen 12 und 13 von der LRA von Joseph Kony entführt. Während sie versuchen, ein normales Leben wieder aufzubauen, werden sie noch einmal die Städten und Orte besuchen, an denen ihre Kindheit verloren ging. Sie sind sowohl Opfer als auch Täter, Zeugen und Handelnde einer grauenhaften Szene. Sie werden für immer die Fremdkörper bleiben, die die Gesellschaft zu akzeptieren versucht. Unterdessen, verborgen in der Unermesslichkeit des zentralafrikanischen Dschungels, jagt die ugandische Armee bis heute die letzten verstreuten Rebellen der LRA. Auch Joseph Kony ist noch da draußen, auf der Flucht.

Filmkomödie aus Ghana

Freitag, 28. April 2017, 19.30 Uhr

Café Couleur der Brücke - Internationales Zentrum der Universität Münster,
Wilmergasse 2, Münster

Filme aus afrikanischen Ländern bieten einen guten Einstieg in die Vielschichtigkeit afrikanischer Lebensrealitäten. Im Rahmen seiner interkulturellen Vereinsarbeit zeigt der Checkpoint Afrika eine turbulente Komödie aus Ghana zum Thema Liebe und Tod. Der Eintritt zur Filmveranstaltung (90 Min.) ist frei, eine Spende willkommen.

Interkulturelles Begegnungsfest

Montag, 1. Mai 2017

Platz Stubengasse

nach dem Demonstrationzug vom Hauptbahnhof in die Innenstadt

Genaue Zeiten in der Tagespresse

Veranstalter: DGB und Integrationsrat Münster

Populismus als Gefahr

Herausforderung für die Demokratie in Lateinamerika und Europa

Donnerstag bis Samstag, 4.- 6. Mai 2017

Do ab 14 Uhr

Franz Hitze Haus, Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster

www.franz-hitze-haus.de

Podiumsdiskussion mit den Landtagskandidaten NRW

Donnerstag, 4. Mai 2017, 18 Uhr

Brücke - Internationales Zentrum der Universität

Wilmergasse 2, 48147 Münster

Die Gäste sind: Svenja Schulze (SPD), Simone Wendland (CDU), Christopf Kattentidt (GRÜNE), Sandra Wübken (FDP), LINKE: (angefragt),

Moderation: Günter Benning

Geplanter Ablauf:

Ankommen und Begrüßung

Ksenija Sakelšek (Landesintegrationsrat NRW)

Dr. Ö. L. Yavuz (Integrationsrat der Stadt Münster)

Kandidaten zu ihren Wahlprogrammen

Kandidaten zu ausgewählten Themen

Diskussion mit dem Publikum

Ausgewählte Themen:

- Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit Sprachenförderung in der Einwanderungsgesellschaft ▪ Mehrstaatigkeit und politische Teilhabe ▪ Teilhabe- und Integrationsgesetz des Landes NRW ▪ Interkulturelle Öffnung ▪ Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ▪ Rassismus und Rechtsextremismus ▪ Integration- Eine Querschnittsaufgabe ▪ Bildung ▪ Gemeindeordnung ▪ Flüchtlinge ▪ Globalisierung - Chancen erkennen und nutzen

Veranstalter: Migrantenvereine in Münster

Arbeitskreis International e.V. ♦ AFAQ e.V. ♦ Förderverein Arabischer Sprache e.V. ♦ Türkischer Arbeiter- und Studentenverein Münster e.V. ♦ UPLA e.V. - Deutsch-Lateinamerikanischer Verein ♦ Griechischer Kulturverein-Kali Zoi e.V ♦ Deutsch-Persische Kulturbrücke „Poll“ e.V.

Unterstützer: Ausländische Studierendenvertretung (ASV) der WWU Münster

(siehe Anlage)

Gedenkveranstaltungen an die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933

Freitag, 10. Mai 2017 (in Planung)

Aktuelle Veranstaltungshinweise in der Tagespresse

»Völkermord – und was dann? Die Politik deutsch-namibischer Vergangenheitsbearbeitung«

Sonntag, 14. Mai 2017, 11.30 Uhr

Volkshochschule Münster, Forum 2,
Aegidiimarkt 3, 48143 Münster
Referent: Prof. Dr. Henning Melber

Ende April 2015 nannte der Deutsche Bundestag den Völkermord an den Armeniern beim Namen. Dies lenkte die Aufmerksamkeit verstärkt auf den Kolonialkrieg von 1904 bis 1908 in Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia. Schließlich räumte ab der zweiten Jahreshälfte 2015 die deutsche Politik ein, dass auch dieser ein Völkermord war. Seit



Ende 2015 finden
prekäre Verhandlungen
zwischen
Sonderbeauftragten
der deutschen

und namibischen Regierung um einen angemessenen Umgang mit der gemeinsamen Geschichte statt, während die Nachfahren der Opfergruppen weitgehend ausgeschlossen bleiben. Im März erschien das von Henning Melber gemeinsam mit Reinhart Kößler verfasste Buch „Völkermord - und was dann?“ (Frankfurt/M. 2017), dessen Kernthesen präsentiert und diskutiert werden.

Zum Referenten: Henning Melber trat als Sohn deutscher Einwanderer in Namibia 1974 der Befreiungsbewegung SWAPO bei. Von 1992 bis 2000 leitete er die Namibian Economic Policy Research Unit in Windhoek. Danach war er Forschungsdirektor des Nordic Africa Institute (2000-2006) und Direktor der Dag Hammarskjöld Stiftung (2006-2012) in Uppsala. Er ist Extraordinary Professor an der Universität Pretoria und der Universität des Freistaats in Bloemfontein, Südafrika. Von 1994 bis 2000 war er Vorsitzender der Namibisch-deutschen Stiftung für kulturelle Zusammenarbeit (NaDS) in Windhoek. Über 30 Jahre war er auch im Vorstand der Informationsstelle Südliches Afrika aktiv.

Hinweis auf eine Neuerscheinung:

Reinhart Kößler / Henning Melber: Völkermord – und was dann?
Die Politik deutsch-namibischer Vergangenheitsbewältigung
Vorwort von Heidemarie Wieczorek-Zeul

Frankfurt/M. April 2017
(Brandes & Apsel, 176 S., Paperback Großoktav 19,90 €, ISBN 978-3-95558-193-0)

Höre auch den Radiobeitrag von Charly Heberer u.a. über das Train-Denkmal auf der Promenade in Münster: <http://www.radioq.de/sendungen/qlumbus/07-10-2015>

Veranstalter: Afrika Kooperative Münster, Volkshochschule Münster, Gesellschaft für bedrohte Völker-Regionalgruppe Münster u.a.

Eintritt frei !



Afrika Festival Münster

Donnerstag, 1. Juni - Sonntag, 11. Juni 2017

Das Programm mit unterschiedlichen Veranstaltungsorten ist noch in Arbeit.

www.afrika-kooperative.de

Der Nahost-Konflikt

Ursachen, Auswirkungen und Perspektiven

Mittwoch, 7. Juni 2017, 18.30 – 21 Uhr

www.franz-hitze-haus.de

Tag der Nachhaltigkeit

Samstag, 10. Juni 2017, ganztägig

Servatiipaltz, Münster

Afrikanischer Markt mit Kulturprogramm

Afrika Festival Münster

Samstag und Sonntag, 10. - 11. Juni 2017

unterschiedliche Veranstaltungsorte

16 Jahre Afrika Festival Münster - veranstaltet von der Afrika Kooperative Münster e.V. Der traditionelle afrikanische Markt im Rathausinnenhof hat für jeden etwas zu bieten: afrikanisches Kunsthandwerk, farbenfrohe Stoffe, exotische Speisen, mitreißende Live-Musik, Kinderprogramm und viele Infostände.

Weitere Informationen: afrika-kooperative.blogspot.de

Weltbaustelle Münster

Veranstaltungen von Mai bis Juli 2017

Malphase des Wandgemäldes Juni 2017

Auf Initiative des Eine Welt Netzes NRW sind bereits im Jahr 2016 in ganz NRW acht Weltbaustellen vollendet worden. Bei jeder der Weltbaustellen ging es darum, urbane Kunst mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung zu verbinden. Auf der Seite des Eine Welt Netzes kann man nachsehen, was in den einzelnen Städten dabei entstanden ist.

Auch 2017 sind in NRW acht weitere Weltbaustellen aktiv, darunter in Münster. Zusammen mit vielen Engagierten und Künstler*innen aus aller Welt werden die Ziele für nachhaltige Entwicklung in die Öffentlichkeit gebracht und diskutiert!

In Münster wird das Projekt gemeinsam vom Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt, von Vamos e.V. und dem Eine Welt Netz NRW durchgeführt. Gemeinsam mit einem Künstler aus dem Norden und einer Künstlerin aus dem Süden werden im Juni 2017 die Welt-Entwicklungsziele in Form eines großen Wandbildes an einer Hauswand im Zentrum von Münster angebracht. Die Gestaltung des Wandbildes soll dabei von Engagierten aus Münster durch inhaltliche Veranstaltungen begleitet werden. Ziel ist es, eine Vielzahl von Möglichkeiten in Form von Gesprächen und Aktivitäten rund um die Malphase auf die Beine zu stellen, um die Ziele im öffentlichen Raum sichtbar zu machen.

Auch die Gesellschaft für bedrohte Völker wird bei den Begleitveranstaltungen mit Menschenrechtsbezügen mitwirken.

<https://eine-welt-netz-nrw.de/weltbaustellen/>

Krieg und Krise

Spannungsfelder in den Beziehungen zwischen der Ukraine, Russland und der EU

Donnerstag bis Samstag, 22. - 24. Juni 2017

Do ab 13.30 Uhr

In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Demokratie- und Friedensforschung der Universität Osnabrück

www.franz-hitze-haus.de

„Quer ins Beet – eine anregende Kulturlese

Cross into the patch – a stimulative culture pick“

12. Freien Gartenakademie 2017

13. Juni – 3. September 2017

Eröffnung Dienstag, 13. Juni 2017, 20 Uhr

mit Prof. Dr. Marc Augé (Paris/Frankreich)

Der Vortrag des französischen Ethnologen und Anthropologen Marc Augé (Paris/Frankreich) lautet „Lieux et non-lieux – une observation ethnologique“ Übersetzung: „Orte und Nicht-Orte – Vorüberlegungen zu einer Ethnologie der Einsamkeit“

[auch deutsch als Buch erschienen bei S.Fischer und als Taschenbuch in der Beck'schen Reihe]

<http://www.gartenakademie.org/>

Tag des offenen Denkmals

Sonntag, 10. September 2017

Verschiedene Veranstaltungsorte

Ein Denkmal besichtigen, das sonst nur von außen anzusehen ist. Mit Menschen reden, die darin leben und Details aus seiner Geschichte kennen. Von Fachleuten erfahren, wo die Tücken und Herausforderung bei der Restaurierung lagen. – Das erlebt man in Münster nur am Tag des offenen Denkmals. Jedes Jahr am zweiten Sonntag im September öffnen historische Bauten und Stätten, die sonst nicht oder nur teilweise zugänglich sind, ihre Türen und laden zu Streifzügen in die Vergangenheit ein.

Weitere Informationen: www.muenster.de

In Planung: Tagung zu Train-Denkmal, der Aufarbeitung des Völkermord an Herero und Nama (1904 ff) und der deutsch-namibischen Gespräche

Samstag, 9. September 2017

In Fortsetzung früherer thematischer GfV-Aktivitäten zum Thema Train-Denkmal und Völkermord an den Herero und Nama wird eine kleine Tagung mit Kooperationspartnern aus der Friedensarbeit vorgeschlagen. Am Vortag des Tags des offenen Denkmals 2016 wurde bereits eine entsprechende Tagung mit Beteiligung von Bundes- und Lokalpolitikern durchgeführt.

Wer an dem Projekt interessiert ist, möge sich bitte bei mir melden, Tel. 0251/ 2390606 (mit AB)

Internationales Weltfriedenstreffen

mit führenden Repräsentanten von Kirchen und Religionen

Sonntag bis Dienstag, 10. - 12. September 2017

Großveranstaltung in Münster und Osnabrück

Veranstalter: Gemeinschaft Sant'Egidio mit Kooperationspartnern

Interkulturelles Fest

Samstag, 30. September 2017

Innenstadt, vor dem Stadthaus 1, Rathausinnenhof

Im Rahmen der Interkulturellen Wochen lädt der Integrationsrat der Stadt Münster zum

traditionellen "Interkulturellen Fest". Bis in den Abend hinein gibt es die Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, kulinarische Köstlichkeiten zu probieren und internationales Flair zu genießen.

Die GfbV wird sich wieder am Fest und den Wochen mit Informationsangeboten zu Menschenrechtsverletzungen beteiligen.

Weitere Informationen: <http://www.stadt-muenster.de/zuwanderung/startseite.html>

Münster.Fair.Teilen.

Veranstaltungsreihe 2017 des Beirats für kommunale Entwicklungszusammenarbeit zur Agenda 2030

Sonntag, 1. Oktober bis Ende Oktober 2017

Unter dem Motto Münster.Fair.Teilen Motto organisiert und fördert der Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Oktober nahezu täglich Veranstaltungen.

Ein Leben in Würde für alle Menschen weltweit ist das Ziel des Weltzukunftsvertrages, wie er von den Vereinten Nationen 2015 als Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet wurde. Die Agenda konkretisiert 17 Hauptziele, die auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit aufbauen und eine ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung anstreben. Die Agenda 2030 fordert uns alle auf, Verantwortung für eine nachhaltige, global gerechte Entwicklung der Weltgesellschaft zu übernehmen.

Die wachsende soziale und wirtschaftliche Ungleichheit innerhalb von Staaten – aber auch zwischen verschiedenen Staaten – ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Daher wird im Ziel 10 der Agenda 2030 gefordert, die „Ungleichheit innerhalb und zwischen Ländern zu reduzieren“. Dieses Ziel wird die Veranstaltungsreihe in den Fokus nehmen.

<http://www.stadt-muenster.de/ratsservice/politik-und-verwaltung/beirat-fuer-kommunale-entwicklungszusammenarbeit/aktuelle-veranstaltungsreihe.html>

GfbV-Jahreshauptversammlung

Freitag bis Sonntag, 3. - 5. November 2017

Göttingen

Internationaler Tag der Menschenrechte

Sonntag, 10. Dezember 2017

Eine GfbV-Mahnaktion zu einem aktuellen Anlass wird voraussichtlich bereits am Samstag, den 9.12., ganztägig auf dem Prinzipalmarkt durchgeführt.

2. Berichte, Presseerklärungen und Hinweise

25 Jahre Eine-Welt-Forums Münster

Eine Tagung zum Jubiläum

Großes und vielfältiges ehrenamtliches Engagement prägt das Eine-Welt-Forum Münster

seit 25 Jahren. Zum „silbernen Jubiläum“ hatte das Münsteraner Netzwerk für Entwicklungszusammenarbeit am Samstag, den 22. April 2017, zu einer ganztägigen Veranstaltung in die Akademie Franz-Hitze-Haus eingeladen.

Unser ehemaliger Mitstreiter Dr. Boniface Mabanza (Heidelberg) beschrieb mit seinem Vortrag über die Folgen der neuen Freihandelspolitik drängende wirtschaftspolitische Probleme für Afrika.

Zuvor gab es jedoch zahlreiche Glückwünsche. Grüße aus den Parteien überbrachten Christoph Strässer, MdB/SPD, Josef Rickfelder, MDL/CDU und Maria Klein-Schmeink, MdB/Bündnis 90-Die Grünen und Michael Krapp von der ÖDP-Münster.

Rückblick wurde auch gehalten. Nach einem Vierteljahrhundert Arbeit ist auch einmal ein schärferer Blick in den Rückspiegel erlaubt, ja sogar notwendig. Den wagten Aktive aus den Anfängen der Arbeit, Wolfgang Wiemers und Nolten Kattentidt vom Umweltforum sowie Kajo Schukalla aus der Eine-Welt- und Menschenrechtsarbeit. Als ein Merkmal beschrieben sie die stärkere Vernetzung und neue Integration der Themenfelder. War bereits in den 1990er Jahren die Verbindung von Entwicklung und Umwelt (und Klima) gewachsen, so ist in der letzten Dekade der Aspekt Flucht und Migration hinzugekommen und die oft auch persönlich erlebte Wirklichkeit der Einen Welt vor Ort.

Kurze Vorstellungen neuer Mitgliedsgruppen zeigten auch, dass auch die Armutsthematik geographisch dicht an uns herangerückt ist, sich mitten in Münster beobachten lässt. Besonders eindrucksvoll schilderte dies Bernhard Mülbrecht, Urgestein in der Wohnungslosenarbeit in Münster.

Vorurteile gegenüber Afrikanern beleuchtete die ghanaische Künstlerin Gifty Wiafe vom Jungen Theater Cactus mit Szenen aus ihrem aktuellen Theaterstück.

Zu Abschluss der Tagesveranstaltung gab es dann noch ein Konzert mit der Band *Cuppatea*, dazu aber keinen Tee, sondern aus gegebenen Anlass auf Wunsch andere Getränke. Wie üblich bei Eine-Welt-Aktivitäten waren begleitend natürlich viele Infoschriften auf langen Tischen unvermeidlich, aber diesmal sichtlich weniger frequentiert, denn es gab so viel zu erinnern, zu erzählen und bereits wieder zu planen.



KJS

Sprecherrat des Eine-Welt-Forums Münster wiedergewählt

Auf seiner Mitgliederversammlung am 4. April 2017 wählte das Eine-Welt-Forum Münster den bisherigen Sprecherat wieder.

Dem eigentlichen Vorstand gehören an Klaus Bösing, Juliane Hecke, Brigitte Thomas, dem gesamten Sprecherrat zudem Karlheinz Müller.

Als neue Kassenprüfer wurden gewählt Nolten Kattentidt und Christa Wischnat.



Der wiedergewählte Sprecherrat mit Brigitte Thomas (v.l.n.r.) Klaus Bösing, Juliane Hecke und Karlheinz Müller.

Allen einen herzlichen Glückwunsch.
KjS

GfbV-Regionalgruppenkonferenz tagte

Am Wochenende 7. - 9. April 2017 tagte in Göttingen die jährliche GfbV-Regionalgruppenkonferenz. Neben aktuellen Menschenrechtsthemen und dem Erfahrungsaustausch zwischen den regionalen Repräsentanten gab als Gastreferent der Kommunikationsberater Wolfgang Nafroth Hinweise zur Öffentlichkeitsarbeit. Als Regionalgruppensprecher auf Bundesebene wurden Kajo Schukalla und Eytan Celik mit Leonie Krüger (Vertr.) einstimmig wiedergewählt.



Ein kurzer Videobericht findet sich auf der Internetseite der Regionalgruppen:
<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/>

Berliner GfbV-Büro an neuem Standort

Die GfbV ist in Berlin im März 2017 umgezogen, die neue Adresse lautet:
Gesellschaft für bedrohte Völker, Berliner Büro
Hoppestr. 30, 13409 Berlin,
Tel. 030/ 42804891, Fax 030-42804916,
E-mail: berlin@gfbv.de,
Öffnungszeiten: Mo - Fr 8.30 - 14.30 Uhr (noch nicht immer gesichert),
Lagehinweis im Internet:
[https://www.google.com/maps?
ll=52.570449,13.376265&z=16&t=m&hl=de&gl=DE&mapclient=embed&q=Hoppestra
%C3%9Fe+30+13409+Berlin](https://www.google.com/maps?ll=52.570449,13.376265&z=16&t=m&hl=de&gl=DE&mapclient=embed&q=Hoppestra%2030+13409+Berlin)

Ausgewählte aktuelle GfbV-Pressemitteilungen

GfbV-Generalsekretär Tilman Zülch zieht sich zurück
Ein Leben für die Menschenrechte von Minderheiten weltweit
GfbV-Pressemitteilung vom 27.3.2017

Zülch erhielt für seinen unermüdlichen Einsatz als unbequemer Mahner und Warner 16 Auszeichnungen, darunter das Bundesverdienstkreuz, den Niedersachsenpreis für Publizistik, den Göttinger Friedenspreis, die Ehrenbürgerschaft der Stadt Sarajevo, den Bürgerrechtspreis des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma oder den Srebrenica Award against Genocide. Foto: Werner H. T. Fuhrmann

Nach fast 50 Jahren beendet einer der profiliertesten Menschenrechtler Deutschlands, Tilman Zülch, seine Tätigkeit als Generalsekretär der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). Künftig wird der 77 Jahre alte GfbV-Gründer die GfbV-Kampagnen beratend begleiten. Die politische Leitung der Menschenrechtsorganisation übernimmt der langjährige GfbV-Asien- und Afrika-Experte Ulrich Delius.

In einer Dokumentation zum 50-jährigen Bestehen der GfbV wird Tilman Zülch den konsequenten Kampf der GfbV gegen Völkermord und Massenvertreibung ethnischer sowie religiöser Minderheiten und indigener Gemeinschaften seit 1968 festhalten. Die GfbV ging aus der von den damaligen Hamburger Studenten Zülch und Klaus Guercke 1968 gegründeten „Aktion Biafra-Hilfe“ hervor. Diese setzte sich politisch und humanitär für die zehn Millionen Angehörigen des Ibo-Volkes, die von der nigerianischen Regierung mit militärischer Unterstützung der Sowjetunion und Großbritanniens einer Hungerblockade ausgesetzt wurden. Mit der kirchlichen Luftbrücke flog Zülch in den Biafra-Kessel und wurde direkter Zeuge der Aushungerung, der zwei Millionen Menschen zum Opfer fielen. Im Oktober 1968 sprach Günter Grass auf der ersten großen Biafra-Demonstration in Hamburg, Persönlichkeiten wie Ernst Bloch, Heinrich Böll, Paul Celan, Helmut Gollwitzer, Erich Kästner, Siegfried Lenz oder Carl Zuckmayer unterstützten die Aktionen der Biafra-Hilfe.

Mit Tilman Zülch an der Spitze ist die GfbV immer wieder gegen den Strom geschwommen und hat sich nicht zuletzt für Volksgruppen eingesetzt, „von denen keiner spricht“, so der Titel eines der von Zülch herausgegebenen Bücher. Seit 1970 setzt sich die GfbV kontinuierlich für Kurden, Yeziden oder assyro/aramäische/chaldäische Christen im Nahen Osten ein. So deckte die GfbV die Beteiligung deutscher Firmen an dem Aufbau der Giftgasindustrie und einer Kampfhubschrauberflotte im Irak auf, der in der kurdischen Stadt Halabja 5.000 Menschen zum Opfer fielen. 1977/78 wurde die erste große Europarundreise für indianische Delegierte aus 16 Staaten Nord- und Südamerikas organisiert – mit überwältigender öffentlicher Resonanz.

1979 bis 1981 machte die GfbV den bis dahin tabuisierten Holocaust an Sinti und Roma bekannt. Der von Zülch 1979 herausgegebene Band „In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt“ (mit einem Vorwort des Philosophen Ernst Tugendhat), ein gemeinsam mit dem Verband deutscher Sinti unter Romani Rose organisierter Trauermarsch zur KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen (1979) mit der damaligen Präsidentin des Europaparlaments Simone Veil und Heinz Galinski, damaliger Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland sowie schließlich der Internationale Roma-Kongress (1981) in Göttingen unter Schirmherrschaft von Simon Wiesenthal und Indira Ghandi mit 400 Roma-Delegierten aus 26 Staaten und fünf Kontinenten brachten den Durchbruch: Der Genozid wurde von der Bundesregierung anerkannt. Staatenlose Sinti erhielten ihre deutsche Staatsbürgerschaft zurück, die Bezeichnung Sinti/Roma anstelle von Zigeuner wurde durchgesetzt und die neu entstandenen Institutionen der Volksgruppe wurden nun staatlich gefördert.

Die GfbV war wohl die lauteste und nachdrücklichste Stimme im deutschen Sprachgebiet, als im Bosnienkrieg (1992–95) Hunderttausende Europäer, bosnische Muslime, um ihr Leben liefen, vor geschlossenen Grenzen standen, in Konzentrations- und Vergewaltigungslagern, bei standrechtlichen Erschießungen und den Bombardements ihrer Städte starben. Das Massaker von Srebrenica war der tragische Höhepunkt ihres Martyriums. Die GfbV organisierte 1993 die Bosnien-Demonstration vor der KZ-Gedenkstätte Buchenwald mit 3.000 Teilnehmern, darunter Marek Edelman, Kommandeur der Widerstandskämpfer im Warschauer Ghetto, der französische Philosoph Alain Finkielkraut und der litauische Präsident Vytautas Landsbergis. Es folgten u. a. die große Bosnien-Demonstration mit 50.000 Teilnehmern in Bonn (1994), die Gründung des Bosnischen Forums (1994), der Aufbau eines symbolischen Friedhofes vor dem Wohnhaus von Bundeskanzler Helmut Kohl (1995) und der bosnische Genozidkongress in Frankfurt (1995). Auch hier gilt unser Dank der Unterstützung von Persönlichkeiten wie Rita Süßmuth, Christian Schwarz-Schilling und Martin Walser.

1992 konnte Zülch in New York den „beratenden Status“ bei den Vereinten Nationen für die GfbV erlangen. 2005 erhielt die GfbV den „mitwirkenden Status“ beim Europarat.

1999 schrieb Simon Wiesenthal an Tilman Zülch: „Sie haben eine Organisation mit gegründet und aufgebaut, die allen Menschen, die sich bedroht fühlen, eine Anlaufstelle für Hilfe bedeutet, mag die Bedrohung gegen Einzelpersonen oder Gruppen gerichtet sein. Sie haben sich für die Rechte so vieler Menschen eingesetzt, dabei den Menschen in den Mittelpunkt Ihrer Bemühungen gestellt – ohne Rücksicht auf persönliche Nachteile und Anfeindungen – und auf diese Weise beispielgebend Großartiges geleistet. Ich war immer froh, auf Ihre Mitarbeit zählen zu können. Mögen Ihnen und Ihren Mitstreitern noch viele erfolgreiche Jahre und Aktionen beschieden sein!“

Zülch, der Herausgeber einer Reihe von Büchern über Völkermord und Vertreibung sowie

der Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ ist, erhielt für seinen unermüdlichen Einsatz als unbequemer Mahner und Warner 16 Auszeichnungen, darunter das Bundesverdienstkreuz, den Niedersachsenpreis für Publizistik, den Göttinger Friedenspreis, die Ehrenbürgerschaft der Stadt Sarajevo, den Bürgerrechtspreis des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma oder den Srebrenica Award against Genocide. Zülch betrachtet diese Auszeichnungen auch als Anerkennung der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Regionalgruppen sowie des Engagements der Mitglieder und Förderer der GfbV.

„Wir sind Tilman Zülch zu großem Dank verpflichtet“, sagt der GfbV-Bundesvorsitzende Feryad Fazil Omar. „Er hat uns vorgelebt, im zähen Ringen um Menschenrechte für Minderheiten auch nach langen Jahren nicht nachzulassen, Rückschläge zu ertragen und kreativ immer wieder neue Aktionsformen zu entwickeln, um Aufmerksamkeit auf das Schicksal von Minderheiten zu lenken.“

„Die Ziele von Tilman Zülch sind unsere Leitlinie. Sein von Ideologie und Parteipolitik unverstellter Blick für Unrecht, seine Tatkraft und Entschlossenheit, Minderheiten Gehör zu verschaffen, und seine große Bereitschaft, Schwächeren bei der Durchsetzung ihrer Rechte zur Seite zu stehen, bleiben unser Vorbild für unsere zukünftige Menschenrechtsarbeit“, betont Ulrich Delius. Der 58-Jährige arbeitet seit mehr als 30 Jahren für die GfbV und hat zahlreiche nationale und internationale Kampagnen für von Völkermord, Vertreibung und schweren Menschenrechtsverletzungen bedrohte Volksgruppen in Afrika und Asien initiiert, so für bedrängte Christen in Pakistan, Indonesien oder Nigeria, unterdrückte Tibeter und verfolgte Uiguren in China, muslimische Rohingya in Burma oder von Landraub bedrohte Oromo in Äthiopien, von Völkermord und Vertreibung betroffene Darfuris im Westen des Sudan und für die Befreiung der Sklaven in Mauretanien.

Internationaler Tag der Mutter Erde (22.4.): „Weltkrieg“ gegen indigene Völker Lebensgrundlage von Ureinwohnern wird zerstört

GfbV-Pressemitteilung vom 21.4.2017

Wirtschaftsunternehmen und Regierungen wollen sich den Zugriff auf begehrte Rohstoffe aus den Gebieten indigener Völker sichern.

Zum Internationalen Tag der Mutter Erde (22.4.) hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) vor der systematischen Zerstörung der Lebensgrundlage der rund 5.000 indigenen Völker der Welt gewarnt. „Ureinwohner verstehen sich als Hüter von Mutter Erde, weil sie traditionell besonders schonend mit natürlichen Ressourcen umgehen. Doch heute herrscht ein unerklärter „Weltkrieg“ gegen die indigenen Völker, mit dem sich Wirtschaftsunternehmen und Regierungen den Zugriff auf begehrte Rohstoffe sichern wollen“, erklärte die GfbV am Freitag. „Rücksichtslos werden nicht nur Natur und Umwelt zerstört, sondern auch die kulturelle Vielfalt und das Erbe der Menschheit unwiederbringlich vernichtet.“ Ohne ein Umdenken werde sich die Zahl der indigenen Völker in den kommenden 20 Jahren halbieren, warnte die Menschenrechtsorganisation.

Auch in den entlegensten Regionen Indiens, Nordschwedens, Brasiliens, der USA oder der Philippinen tobt auf dem traditionellen Land indigener Völker ein unerbittlicher Kampf um die Kontrolle von Rohstoffen, berichtete die GfbV. „Die Ureinwohner sind dabei fast immer die Verlierer. Meist werden ihre Interessen nicht berücksichtigt und Unternehmen verschaffen sich gewaltsam Zugang zu den Ressourcen. Manchmal wird mit

Geldzuwendungen der Zugang zu den Ressourcen erkaufte und so Streit und Missgunst unter Ureinwohnern geweckt.“

So will Indien in den kommenden fünf Jahren 15 Milliarden Euro investieren, um seine Bergbauproduktion zu verdoppeln. Rund 70 Prozent der Kohlereserven und 80 Prozent der Eisenerzvorräte Indiens liegen unter dem Land der rund 100 Millionen Adivasi-Ureinwohner. Dort befindet sich auch die Hälfte der 50 bedeutendsten Bergwerke des Subkontinents.

Im Süden der Philippinen werden auf der Insel Mindanao die indigenen Lumad Opfer des Abbaus von Gold, Nickel, Kupfer und Silber. Milizen verbreiten Terror unter den Ureinwohnern, um sie von ihrem Land zu vertreiben, damit Bergbau-Unternehmen den Rohstoffabbau vorantreiben können. Seit Juni 2016 wurden mindestens 16 Lumad gezielt ermordet, um die Ureinwohner einzuschüchtern.

Im Norden Schwedens sind die Sami-Rentierhalter von der Ausweitung des Eisenerz- und Kupferabbaus bedroht. Ihnen werden immer mehr Weideflächen genommen. Im benachbarten Finnland leiden die Sami unter der Abholzung der Wälder, die ihren Rentieren die Nahrung nimmt. Auch der Klimawandel gefährdet das Überleben der Rentier-Züchter, da die Tiere nicht ausreichend Nahrung finden.

In Brasilien wird rund 80 Prozent des Stroms durch Wasserkraft erzeugt. Dafür werden Großstaudämme gebaut, die die Natur zerstören und mit giftigem Methangas belasten, das durch die Verrottung von organischem Material unter Wasser freigesetzt wird. Durch Staudämme wird der Wasserhaushalt im Amazonas nachhaltig verändert und indigene Fischer leiden darunter, dass die Flüsse weniger Wasser führen und der Fischreichtum abnimmt. So sind von dem im Jahr 2016 in Betrieb genommenen Staudamm Belo Monte am Xingu-Fluss (Bundesstaat Para) 24 indigene Völker betroffen. Dieser drittgrößte Staudamm der Welt wurde auch mit Hilfe deutscher Unternehmen errichtet.

Indigene Völker in den USA sehen sich durch den Bau von Pipelines auf ihrem Land bedroht. Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump hat den unter seinem Vorgänger Barack Obama gestoppten Ausbau der 1.890 Kilometer langen Dakota Access Pipeline im US-Bundesstaat North Dakota wieder aufgenommen. Der Standing Rock Sioux Tribe leistet dagegen gemeinsam mit US-Umweltschützern und vielen prominenten Unterstützern friedlichen Widerstand. Die Ureinwohner beklagen eine Missachtung ihrer Landrechte, die Zerstörung ihrer Grabstätten sowie drohende schwere Umweltschäden etwa durch Lecks in der Pipeline.

Schon zuvor international gefeiert, wurde der 22. April im Jahr 2009 auf Vorschlag der Regierung Boliviens von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Internationalen Tag der Mutter Erde erklärt. Er soll die Wertschätzung für die natürliche Umwelt stärken.

Nach vier Jahren noch immer kein Lebenszeichen: Gesellschaft für bedrohte Völker erinnert an Schicksal von zwei in Syrien verschleppten Bischöfen
Erzbischof Schick und Ministerpräsident Ramelow fordern Freilassung
GfbV-Pressemitteilung vom 21.4.2017

„Das Schicksal der Bischöfe widerspiegelt die aussichtslose Lage der Christen im Nahen Osten“, stellt der GfbV-Nahost-Referent Kamal Sido fest.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) erinnert an die am 22. April 2013 im Norden Syriens verschleppten Bischöfe. „Nach vier Jahren bangen Wartens gibt es noch immer kein Lebenszeichen von dem Erzbischof der syrisch-orthodoxen Kirche, Mor Gregorius Yohanna Ibrahim, und dem Erzbischof der griechisch-orthodoxen Kirche, Boulos Yazigi“, berichtete der GfbV-Nahostreferent Kamal Sido am Freitag. „Wir geben jedoch die Hoffnung nicht auf, diese beiden christlichen Würdenträger lebend wiederzusehen. Ihr Schicksal macht deutlich, wie bedrohlich die Lage in Syrien für die christliche Minderheit ist.“ Die beiden Bischöfe wollten im Frühjahr 2013 über die Freilassung eines entführten Priesters verhandeln. Auf dem Weg zu einem angeblichen Treffen wurde ihr Wagen im Westen von Aleppo nicht weit von der türkischen Grenze entfernt gestoppt. Ihr Fahrer, ein Diakon, wurde bei dem Überfall erschossen, die Bischöfe verschleppt. Bisher hat sich niemand zu der Tat bekannt.

Der Vorsitzende der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Ludwig Schick (Bamberg), rief die Entführer dazu auf, die beiden Bischöfe und einen ebenfalls in Syrien verschleppten Pater freizulassen. Wörtlich lautet sein Statement, um das die GfbV ihn gebeten hatte: „Am heutigen Tag sind es vier Jahre, seitdem meine beiden bischöflichen Mitbrüder Mor Gregorius Yohanna Ibrahim und Boulos Yazigi in Syrien entführt wurden. Ich kenne beide persönlich und denke immer noch täglich an sie. Einmal mehr rufe ich heute die Entführer eindringlich auf, inmitten des sinnlosen Blutvergießens in Syrien ein Zeichen der Mitmenschlichkeit zu setzen und die beiden Bischöfe freizulassen. In meine Gebete für sie schließe ich auch Pater Paolo dall'Oglio SJ ein, den Begründer des Klosters Deir Mar Musa, der nur wenige Monate nach den Bischöfen entführt worden ist und von dem bis heute ebenfalls jegliches Lebenszeichen fehlt. Alle drei geben in ihrem priesterlichen und bischöflichen Wirken bis hinein in die Gefangenschaft Zeugnis von der Liebe Gottes zu allen Menschen. Weil sie von diesem Glauben zutiefst überzeugt sind, haben sie auch einen Dialog der Freundschaft mit ihren muslimischen Mitmenschen gelebt. Sie verdienen es, nicht als Feinde, sondern als Freunde angesehen und behandelt zu werden. Die Entführung muss an ein Ende kommen, die Gewalt muss aufhören.“

Alle Menschen in Syrien haben das Recht, in Frieden und Freiheit zu leben. Deshalb müssen die politisch Verantwortlichen endlich wieder ernsthaft miteinander über die politische Zukunft Syriens reden, statt mit Waffengewalt das Leben unzähliger unschuldiger Menschen zu zerstören. Die Kirchen in Syrien, die Ordensgemeinschaften und caritativen Einrichtungen tun, was sie können, um ihren Beitrag zu Frieden und Versöhnung zu leisten. Sie geben ihr Äußerstes, um Not leidenden Menschen zu helfen, gleich welcher Religion, Konfession oder Ethnie sie angehören. Dabei können sie auch der Unterstützung und Solidarität der Kirche in Deutschland gewiss sein.“

Auch der Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, Bodo Ramelow, forderte die sofortige Freilassung der beiden Bischöfe, die 2014 auf Vorschlag der GfbV für ihren Einsatz als Vermittler, Botschafter und Kämpfer für die Menschenrechte in dem anhaltenden Bürgerkrieg in Syrien mit dem Weimarer Menschenrechtspreis ausgezeichnet worden waren. „Im Übrigen gilt, dass alle Konfliktparteien in Syrien und ihre internationalen Schutzmächte aufgerufen sind, alles dafür zu tun, den furchtbaren Bürgerkrieg in Syrien endlich zu beenden und eine politische Lösung zu suchen und zu finden“, heißt es in einem Schreiben Bodo Ramelows an die GfbV.

„Das Schicksal der Bischöfe widerspiegelt die aussichtlose Lage der Christen im Nahen Osten“, stellt der GfbV-Nahostreferent Kamal Sido fest. „Diese Region droht christenfrei zu

werden. Vor hundert Jahren machten Christen dort 20 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Heute sind sie weniger als drei Prozent. Das ist ein Grund mehr, warum Deutschland, Europa, Amerika aber auch Russland dafür sorgen müssen, dass die bestehenden Konflikte friedlich gelöst werden müssen. Ohne ein friedliches Miteinander, staatlich garantierte und gesellschaftlich unterstützte Glaubensfreiheit besteht die Gefahr, dass die 2.000-jährige christliche Geschichte im Nahen Osten für immer zu Ende geht.“

Da deutsche, türkische und internationale Medien immer wieder berichten, dass die türkische Regierung großen Einfluss auf die in Nordsyrien operierenden islamistischen Gruppen hat, fordert die GfbV auch vom türkischen Präsidenten, bei der Aufklärung des Schicksals der beiden Bischöfe zu helfen.

Oromo-Flüchtlinge beraten über bessere Integration in Deutschland (22.4.)
Rund 100 Delegierte der rund 5.000 Oromo aus dem Großraum Nürnberg erwartet
GfbV-Pressemitteilung vom 20.4.2017

Die angespannte menschenrechtliche Lage in ihrer Heimat Oromia und eine bessere Integration in Deutschland stehen am kommenden Samstag in Nürnberg im Mittelpunkt eines eintägigen Seminars von Oromo-Flüchtlingen aus Äthiopien. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) teilte am Donnerstag mit, dass Repräsentanten der Oromo dabei gemeinsam mit deutschen Menschenrechtlern und Rechtsanwälten über neue Menschenrechtsinitiativen für ihre Volksgruppe und über Orientierungshilfen für neu angekommene Flüchtlinge im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt beraten werden. Schon länger in Deutschland lebende Oromo würden gelungene Beispiele der Integration von Flüchtlingen aus Oromia aufzeigen. Im Großraum Nürnberg leben mehr als 5.000 Oromo-Flüchtlinge. Zu dem Seminar werden rund 100 Delegierte erwartet.

Noch immer fliehen tausende junge Oromo vor willkürlichen Verhaftungen aus ihrer Heimat. Seit vor anderthalb Jahren Oberschüler in Oromia begannen, öffentlich gegen eine geplante Gebietsreform zu protestieren, reagieren die Behörden mit willkürlichen Hausdurchsuchungen, Massenverhaftungen, Folter und zeitlich unbegrenzter Internierung in Isolationshaft. Fast 2.000 Oromo wurden bei der brutalen Niederschlagung von Protesten seit November 2015 getötet. „Angesichts dieser massiven Verfolgung, der vor allem junge Oromo allein aufgrund ihrer ethnischen Abstammung ausgesetzt sind, suchen viele in Europa Schutz“, erklärt Ulrich Delius, Afrikaexperte der Gesellschaft für bedrohte Völker, der an dem Seminar in Nürnberg teilnehmen wird.

„Wenn in diesen Tagen wieder tausende afrikanische Flüchtlinge vor der Küste Libyens aus Seenot gerettet werden, so sind auch viele Oromo unter ihnen“, erklärte Delius. „Wir sind den Nürnbergern dankbar, dass sie diese Flüchtlinge so gastfreundschaftlich aufnehmen. Die Oromo sind von Verfolgung und Flucht schwer gezeichnet. Ihnen Schutz in Deutschland zu gewähren entspricht Sinn und Zweck unseres Grundrechts auf politisches Asyl. Die Oromo sind die größte Bevölkerungsgruppe Äthiopiens. Dort werden sie seit Jahrzehnten ausgegrenzt, ihre Menschenrechte missachtet.“

Das Seminar in Nürnberg wird vom Oromo-Rat in Deutschland organisiert, der die Interessen der Oromo in der Bundesrepublik wahrnimmt und ihre Aktivitäten koordiniert. Es wird unterstützt von dem Berliner Missionswerk und dem Verein Menschenrechte am Horn von Afrika.

**Südsudan: Humanitäre Katastrophe spitzt sich zu - Neue Gewalt behindert
Hilfslieferungen**
Sofortige Einstellung der Kämpfe und besseren Schutz für Helfer gefordert
GfbV-Pressemitteilung vom 18.4.2017

Die Eskalation der Gewalt zwischen den Konfliktparteien im Südsudan behindert massiv Hilfslieferungen und die Versorgung der Not leidenden Zivilbevölkerung.

Angesichts immer neuer Kämpfe zwischen Regierungssoldaten und Aufständischen im Südsudan hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) vor einer Zuspitzung der Hungerkatastrophe in dem ostafrikanischen Land gewarnt. „Die Eskalation der Gewalt behindert massiv Hilfslieferungen und die Versorgung der Not leidenden Zivilbevölkerung“, berichtete der GfbV-Afrikaexperte Ulrich Delius am Dienstag in Göttingen. „Um ein Massensterben zu verhindern, muss die internationale Gemeinschaft eine sofortige Einstellung der Kämpfe fordern. Außerdem müssen humanitäre Helfer dringend besser geschützt werden.“ Über Ostern mussten 60 humanitäre Helfer aus der Provinz Jonglei abgezogen werden, da ihre Sicherheit nicht mehr garantiert werden konnte. Zuvor waren drei südsudanesischen Mitarbeiter des Welternährungsprogrammes der Vereinten Nationen auf ihrem Weg zu einem Verteilungszentrum für Hilfsgüter ermordet worden. Nach UN-Informationen sind im Südsudan 7,5 Millionen Menschen auf internationale Nahrungsmittelhilfe angewiesen.

„Der Weltsicherheitsrat muss allen Konfliktparteien im Südsudan deutlich machen, dass Angriffe auf Mitarbeiter von Hilfsorganisationen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewertet und strafrechtlich geahndet werden, weil sie die Hungerkatastrophe schüren“, forderte die GfbV in einem Schreiben an die amtierende Präsidentin des Weltsicherheitsrates, die US-Botschafterin Nikki Haley. Im Jahr 2017 wurden im Südsudan bereits 14 Mitarbeiter von Hilfsorganisationen getötet. Seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs im Dezember 2013 starben in dem Land insgesamt 82 Helfer.

Allein in den zwei Städten Wau und Pajok kamen in den vergangenen beiden Wochen bei Kämpfen mehr als 100 Zivilisten zu Tode. Rund 16.000 Zivilisten flüchteten und suchten überwiegend in der UN-Basis in Wau Schutz. Im Großraum Wau kam es zu massiver ethnisch motivierter Gewalt, Regierungssoldaten gingen gezielt gegen Nicht-Dinka vor. So durchsuchten Soldaten nach der Tötung von zwei führenden Dinka-Offizieren der Armee systematisch Häuser von Angehörigen der Bevölkerungsgruppen der Luo und Fertit. Mehr als ein Dutzend Zivilisten wurde dabei erschossen. „Wer Menschen allein aufgrund ihrer ethnischen Abstammung gezielt ermordet, begeht Kriegsverbrechen und macht sich verdächtig, Völkermord zu verüben“, erklärte Delius. Seit Monaten warnen die Vereinten Nationen vor einem drohenden Genozid. „Der Weltsicherheitsrat muss daher auf einer sofortigen Aufklärung der Gewalt und Bestrafung der Verantwortlichen bestehen.“

Ägyptens Präsident schürt mit seiner Politik Gewalt gegen Christen
**GfbV warnt: Verhängung des Ausnahmezustands kann Terror gegen Christen
anheizen**
GfbV-Pressemitteilung vom 10.4.2017

Eine wirksame Antwort auf den Terror wäre es, die Ausgrenzung von Kopten zu beenden und damit zu signalisieren: Christen sind ein fester Bestandteil der ägyptischen Gesellschaft.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat Ägyptens Staatspräsident Abdel Fatah al Sisi vorgeworfen, mit seiner Politik Gewalt gegen Kopten zu schüren. „Die Verhängung des Ausnahmezustandes nach den Anschlägen auf koptische Kirchen in Alexandria und Tantra am Palmsonntag wird die Terrorangriffe gegen Christen nicht eindämmen, sondern nur weiter anheizen. Denn der Ausnahmezustand wird die Zahl der politisch motivierten Festnahmen noch weiter ansteigen lassen und Unmut unter der Zivilbevölkerung schüren, der sich wieder gegen die Christen wenden könnte“, warnte der GfbV-Afrikaexperte Ulrich Delius am Montag in Göttingen. „Wir fürchten, dass Kopten für jede neue Repression gegen Andersdenkende in Ägypten mit ihrem Leben bezahlen müssen.“ Seit dem Machtantritt al Sisis im Juni 2014 wurden schon mehr als 67.000 Ägypter aus politischen Gründen verhaftet.

„Eine wirksamere Antwort auf den Terror wäre es, die Ausgrenzung von Kopten endlich zu beenden und damit das klare Signal an das In- und Ausland zu senden: Christen sind ein fester Bestandteil der ägyptischen Gesellschaft und gleichberechtigte Bürger“, sagte Delius. Deshalb habe die GfbV al Sisi nachdrücklich dazu aufgefordert, Kopten endlich auch ihrem Bevölkerungsanteil von rund zehn Prozent entsprechend in höherrangige Positionen von Verwaltung, Polizei, Armee und Justiz aufzunehmen. Das im Jahr 2016 verabschiedete Gesetz, das den Neubau von christlichen Kirchen unter bestimmten Bedingungen regelt, sei bei weitem nicht ausreichend, die christliche Konfession mit dem Islam gleichzustellen.

Sehr wichtig sei es auch, den Christen einen konsequenteren juristischen Schutz zu geben. Bislang blieben die meisten Übergriffe von Extremisten ungesühnt, denn lokale Behörden würden Kopten immer wieder dazu drängen, nicht auf ihren Rechten zu beharren, sondern zu Attacken radikaler Islamisten zu schweigen. Oft würden Christen gezwungen, Anzeigen bei der Polizei zurückzuziehen und mit ihren Angreifern vermeintliche „Versöhnungsgespräche“ zu führen. „Die Verlierer stehen dabei schon von vornherein fest: Es sind immer die Kopten, die um des lieben Friedens willen schließlich nachgeben müssen.“

Seit Monaten werden Kirchen in Ägypten von Polizei und Armee vor Übergriffen radikaler Islamisten zwar besonders geschützt. „Doch so wichtig und hilfreich dieser Schutz für die Gotteshäuser ist, kann er doch keine absolute Sicherheit garantieren“, bedauerte Delius. Einer der Selbstmordattentäter hatte sich am Sonntag vor einer Einlasskontrolle in die Luft gesprengt.

**Welt-Roma-Tag (8.4.): Roma in Südosteuropa noch immer systematisch diskriminiert und ausgegrenzt
Europas Regierungen müssen Roma als gleichberechtigte Mitbürger anerkennen und Diskriminierung beenden**

GfbV-Pressemitteilung vom 6.4.2017

Anlässlich des Welt-Roma-Tages (8.4.) weist die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) auf die bis heute andauernde systematische Diskriminierung und Ausgrenzung von Angehörigen dieser Minderheit vor allem in Südosteuropa hin. Gemeinsam mit Roma-Organisationen aus Bosnien-Herzegowina, Serbien, dem Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Albanien appellierte die Menschenrechtsorganisation an Deutschland und die Regierungen Westeuropas, Roma endlich als gleichberechtigte Mitbürger anzuerkennen und entschieden gegen weit verbreiteten Rassismus vorzugehen. Nur so könnten Flucht und Migration von Roma wirksam bekämpft werden.

„Geschichte und Kultur der Roma sind seit Hunderten von Jahren Teil der europäischen Geschichte und Kultur. Deshalb erwarten wir nicht nur einen Dialog mit den Roma auf Augenhöhe, sondern endlich auch wirksame Maßnahmen gegen den allgegenwärtigen Antiziganismus auf dem Westbalkan, der die Hauptursache für Flucht und Migration ist“, heißt es in dem GfbV-Appell. Die südosteuropäischen Regierungen müssten ermuntert und tatkräftig dabei unterstützt werden, die strukturelle Diskriminierung von Roma zu durchbrechen und ihnen Zugang zu angemessenem Wohnraum, Beschäftigung und Bildung sowie medizinischer Versorgung zu verschaffen.

Auf dem Westbalkan sind Roma nach GfbV-Angaben meist Analphabeten, bekommen keine dauerhafte Anstellung und müssen oft von Gelegenheitsarbeiten oder vom Betteln leben oder Essbares aus dem Müll sammeln. Ihre Baracken-Siedlungen sind ohne Strom und Wasser und liegen grundsätzlich am Stadtrand. Dort herrschen meist katastrophale hygienische Verhältnisse. Roma-Kinder haben selten Geburtsurkunden und Aufenthaltspapiere. Deshalb sind sie dem großen Risiko ausgesetzt, misshandelt und Opfer von Menschenhandel zu werden. In Bosnien-Herzegowina und im Kosovo wurden Roma in den 1990er Jahren Opfer schwerster Menschenrechtsverletzungen. In der bosnischen Verfassung sind sie nicht einmal als eigene Volksgruppe anerkannt.

Als „unzumutbare Härte“ bezeichnete es die GfbV, dass langjährig geduldete Roma-Familien aus Deutschland in die Staaten des Westbalkan abgeschoben werden, unter ihnen viele Kinder, Kranke und Alte. Aufgrund der elenden Zustände dort mussten viele erneut die Flucht ergreifen, um zu überleben. So würden viele Roma in einen Kreislauf ständiger Migration und in die Illegalität gezwungen.

Der Welt-Roma-Tag wird am 8. April begangen, weil an diesem Tag 1971 der erste Welt-Roma-Kongress in London stattfand. Damals trafen sich dort Roma-Repräsentanten aus 25 Ländern. Die GfbV organisierte 1981 den dritten Welt-Roma-Kongress in Göttingen.



*Langjährig geduldete Roma-Familien aus Deutschland werden in die Staaten des Westbalkan abgeschoben.
Foto: GfbV-Archiv*

Unsere Fachzeitschrift:

Pogrom – bedrohte Völker

Einzelpreis 4.60 Euro (plus Porto ggfs.)

Jahresabonnement 25 €, ermäßigt 20 €

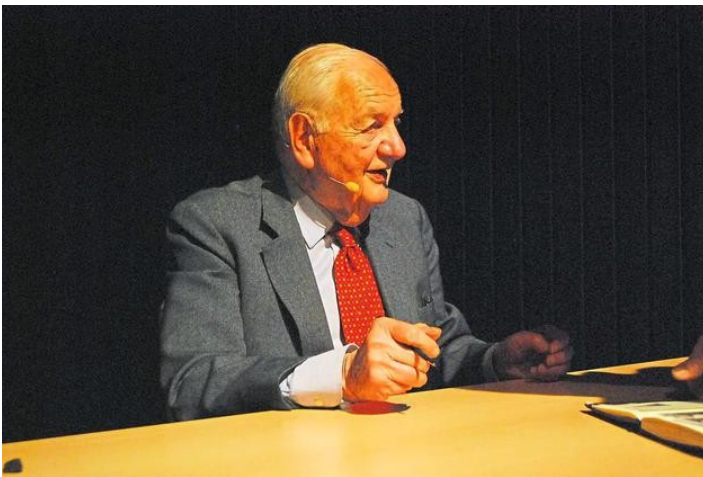
Auch ältere Einzelausgaben können in unserem Bundesbüro nachgeordert werden.

Auch Alfred Grosser liest regelmäßig Pogrom - bedrohte Völker"

"Er ist als „deutscher Franzose“ ein Wanderer zwischen den Welten: Prof. Alfred Grosser, emeritierter Politologe aus Paris. Der 92-Jährige war nach dem Krieg in der Gründungsphase dessen dabei, was wir heute als Europäische Union kennen, schätzen oder kritisch beäugen. Er sah Charles de Gaulle und Konrad Adenauer die Hände zur Versöhnung reichen und blickte hinter die Kulissen der Macht. Wer einen Vortrag über „Frankreich und das Deutschland der 50er Jahre“ hören will, findet kaum kenntnisreichere Zeitzeugen. Grossers Gespräch mit dem Kulturwissenschaftler Dr. Manfred Osten füllte das Kleine Haus", berichtete Arndt Zinkant in den Westfälischen Nachrichten.

Auch unsere Menschenrechtsaktivistin Ulrike Kuhlmann war dabei und wollte dem nach der Lesung dem Ehrengast eine Pogrom-Nummer, die Schwerpunktausgabe zu Israel überreichen, doch der, langjähriges GfbV-Ehrenmitglied, hatte sie bereits mit Interesse gelesen. Immerhin war es Anlass zu einem Gespräch über Menschenrechte.

KjS



Quelle: <http://www.wn.de/Muenster/Kultur/2725548-Echte-europaeische-Autoritaet-fehlt-Alfred-Grosser-im-Theater-Muenster>

Aktuellen Ausgabe von Bedrohte Völker – Pogrom

Nr. 298 Minderheiten in der Ukraine. Wir habenden Mut nicht verloren

Die **aktuelle Pogrom-Ausgabe** ist dem **Schwerpunktthema Ukraine** gewidmet.

Weitere Brennpunktberichte betreffen die Samen in Finnland und Guarani in Rio Grande do Sul/ Brasilien.

Die GfbV-Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ berichtet regelmäßig alle zwei Monate und aktuell über verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten sowie indigene Völker in aller Welt. Im deutschen Sprachraum gibt es kein vergleichbares Medium. Die erste Ausgabe unserer Zeitschrift erschien 1970.

„bedrohte Völker - pogrom“ gibt Opfern von Menschenrechtsverletzungen eine Stimme und nennt die Täter beim Namen. Wir zeigen Lösungen für Konflikte und ein friedliches Zusammenleben, die den Respekt für die Identität und Lebensweise von ethnischen und religiösen Minderheiten einschließen, und scheuen uns nicht vor unbequemen Forderungen.

„bedrohte Völker - pogrom“ richtet sich an politisch wache Menschen, die sich für die Bewahrung kultureller Vielfalt einsetzen. Bei uns kommen nicht nur ausgewiesene Experten, sondern auch die Betroffenen selbst zu Wort.

Tipp für Interessierte und Forschende: In unserem pogrom-Archiv liegen viele interessante und spannende Texte zu verschiedenen Regionen und Völkern. Wenn Sie etwas Bestimmtes aus der Vergangenheit suchen, schicken Sie uns eine E-Mail mit dem Stichwort, nachdem wir unser Archiv durchsuchen sollen, an redaktion@gfbv.de. Wir lassen Ihnen dann gerne die Artikel digitalisiert zukommen.

Mehr Informationen unter

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/>

Über diesen Link kann ein Abonnement in Auftrag gegeben werden:

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/zeitschrift-abo/>

Mitarbeiten und / oder Mitglied werden und Menschenrechtsarbeit stärken !

Unsere Menschenrechtsorganisation ist föderal organisiert und bietet auch die Möglichkeit, in Regionalgruppen, so in Münster, mitzuarbeiten. Wenn Sie / wenn ihr Interesse habt/ haben, reinschauen und mitmachen kostet nichts, aber hilft!

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/mitglied-werden/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/ehrenamtlich-engagieren/>

Spendenkonto der Gesellschaft für bedrohte Völker:

Bank für Sozialwirtschaft



IBAN DE07 2512 0510 0000 50 60 70

BIC BFS WDE 33 HAN

3. Arbeitskontakte

Gesellschaft für bedrohte Völker – Regionalgruppe Münster

Ulrike Kuhlmann,
Tel. 0251/ 5309793 (mit AB)
E-mail: ulrikekuhlmann@googlemail.com.

Dr. Kajo Schukalla
Markweg 38, 48147 Münster,
Tel. 0251/ 2390606 (mit AB),
E-mail: kajo.schukalla@gmail.com

Informationen zur GfbV-Regionalgruppe Münster
<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/>

www.gfbv.de

PS. Die Adressen mit menschenrechte.weltweit@... dienen nur der Versendung, automatische Rückmails können nicht gelesen werden.

Wer aus dem Mailverteiler gestrichen werden möchte, sende mir bitte eine individuelle E-mail. Bei einfacher Rückantwort besteht die Gefahr bei Massenaussendungen, dass die Nachricht in der Fülle der individuell kaum zu bearbeitenden Sendungen verlorengeht. Dies gilt natürlich auch bei anderen wichtigen Reaktionen und Nachrichten.



Anlagen:

GfbV-MS 2017-4-24.Aghet - Gedenklesung zum Völkermord an den Armeniern vor 102 Jahren.pdf

GfbV-MS 2017-5-14 Völkermord - und was dann. Herero,Nama,Namibia.Vortrag Henning Melber Afrika-Kooperative, GfbV,VHS u.a..-pdf

EWf,ÖZ etc. 2017-6- 17.Afrika-Festival Münster Juni 2017
AF2017_Programmflyer_web.pdf

Migration.Münster.2017-5-4.Podiumsdiskussion zur Landtagswahl NRW.Migrantenvereine in Münster.pdf